

Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"

Nordrhein-Westfalen ist das letzte Bundesland, das keine Altschuldenlösung auf den Weg gebracht hat. Wann kommt die Altschuldenlösung für NRW?

Um finanziell notleidenden Städten und Gemeinden aus dem Schuldensumpf zu helfen, hat der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wichtige Impulse gesetzt. Auf diesem Weg werden wir – im Zusammenwirken mit den Vorhaben der neuen Bundesregierung – weitergehen und bekennen uns daher zu einer kommunalen Kredithilfe mit dem Leitsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Der weitere Fahrplan hängt auch vom weiteren Abstimmungsprozess mit dem Bund ab.

Wie sieht das Modell Ihrer Partei für eine Altschuldenlösung auf Landesebene aus?

Im von uns präferierten Modell gewährt das Land ein professionelles Schuldenmanagement, gleichzeitig bleibt jede Kommune für ihre Schulden verantwortlich. Eine Vergemeinschaftung von Verbindlichkeiten lehnen wir ab. Weiterhin muss verhindert werden, dass Kommunen, die sich an einer Lösung beteiligen, sich erneut mit unechten Kassenkrediten in die Vergeblichkeitsfalle begeben. Wir wollen deshalb gleichzeitig die Kommunalaufsicht stärken, damit sie als eine Art Frühwarnsystem aktiv werden kann.

Wie will Ihre Partei die Kommunen aus dem Investitionsrückstand herausholen?

Kommunen müssen in der Lage sein, aus eigener Kraft ihre Aufgaben zu bewältigen und Schwerpunkte zu setzen. Was vor Ort in Eigenregie gut und effektiv erledigt werden kann, muss von Seiten des Landes weder selbst ausgeführt noch vorgeschrieben werden. Grundvoraussetzung hierfür ist eine transparente und verlässliche sowie auskömmliche Finanzausstattung unserer Kommunen. Die Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land werden wir weiter anpassen. Perspektivisch wollen wir den Finanzanteil der Kommunen an dem Einnahmeaufkommen des Landes (sogenannte Verbundmasse) von derzeit 23 Prozent auf 25 Prozent erhöhen. Zudem wollen wir die Autonomie unserer Städte und Gemeinden erhöhen und ihnen das Recht geben, eigene Hebesätze auf die Körperschafts-, die Lohn- und die Einkommensteuer zu beschließen.

Eine dauerhafte Erhöhung der Investitionspauschale im kommunalen Finanzausgleich bei dafür erhöhter Finanzausgleichsmasse wäre eine unkomplizierte Lösung der Investitionsförderung. Inwieweit ist Ihre Partei bereit, mehr pauschale Finanzmittel bereitzustellen?

Wir setzen vermehrt auf Pauschalen, besonders im Schul- und Bildungsbereich, um den Kommunen eigene Handlungsspielräume zu ermöglichen. Im Gegenzug wollen wir die unzähligen Förderprogramme, mit denen Geld nach langwierigen Vergabeverfahren für vom Land gewünschte Zwecke vor Ort eingesetzt wird, kritisch überprüfen. Die Schulfinanzierung zwischen Land und Kommunen wollen wir etwa im engen Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden fit machen für das 21. Jahrhundert und die Herausforderungen der Digitalisierung.

Die hohen Realsteuerhebesätze in vielen Kommunen belasten die Bürger und die Wirtschaft. Außerdem verschlechtern sie die Standortattraktivität dieser Städte und Gemeinden. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, dieses Problem zu lösen?

Großstädte können einfacher höhere Steuern durchsetzen, weil sie trotz dessen dank Infrastruktur und anderer Standortvorteile attraktiv für Bürger und Unternehmen sind. Für uns ist klar: Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) muss regelmäßig auf Treffsicherheit überprüft werden, um die Finanzkraft der Kommunen realitätsnah abzubilden. Die von uns lange geforderte, mit dem GFG 2022 eingeführte Differenzierung der fiktiven Hebesätze trägt dazu bei.

Die Bürger werden teils durch sehr hohe Hebesätze bei der Grundsteuer belastet. Wir setzen uns für eine landesweite Grundsteuerbremse ein. Die steuerliche Belastung von Unternehmen wollen wir auf OECD-Durchschnitt senken. Unser Ziel ist, im Zuge der Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den Sonderweg der Gewerbesteuer zu beenden. Das heißt zugleich, dass die Finanzierung der Kommunen eine neue Grundlage braucht – etwa durch einen Zuschlag auf die Körperschaft- und Einkommenssteuer und einen höheren Anteil der an der Umsatzsteuer.

Wie sehen Sie die Einhaltung der Konnexität in NRW verwirklicht?

Insbesondere die hinter uns liegenden großen finanziellen Herausforderungen der Corona-Pandemie sind ein guter Indikator, dass die Konnexität in NRW gewahrt ist. Neben dem Bund hat insbesondere das Land NRW mit großzügig dimensionierten Zuweisungen sichergestellt, dass die zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen vor Ort – von weiteren Hilfskräften in Kitas über Hygienemaßnahmen, zusätzlichen Schülertransporten bis hin zu weiterem Kontrollpersonal im lokalen Nahverkehr die Kommunen nicht ergänzend belasten.